

"Der Agrarmarkt ist ein Golem" in Der Spiegel (16. Juni 1980)

Legende: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel beschreibt die kritische Lage in der sich der europäische Agrarmarkt zu Beginn der achtziger Jahre befindet.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber ENGEL, Johannes K.; BÖHME, Erich. 16.06.1980, n° 25; 34. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Der Agrarmarkt ist ein Golem", p. 17-19.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_agrarmarkt_ist_ein_golem_in_der_spiegel_16_juni_1980-de-9cd9a55d-d67d-4253-9aef-309e46c3dca9.html

Publication date: 20/10/2016



„Der Agrarmarkt ist ein Golem“

Kanzler Helmut Schmidt fürchtet, der europäische Agrarmarkt könne schon bald unfinanzierbar sein. Reformen sind nur möglich, wenn Frankreichs Giscard zu Lasten der eigenen Bauern nachgibt. Doch an Neuordnung können die Bonner erst im April 1981 denken, wenn Giscard die Wahlen mit Hilfe der Bauernstimmen gewonnen hat.

Die Vorbesprechung des Kanzlers mit seinen engsten Beratern über die Rede vom SPD-Parteitag war eigentlich schon zu Ende, da fügte Helmut Schmidt noch eine längere Passage zur Europäischen Gemeinschaft ein. Tags darauf, am Montag voriger Woche, kurz bevor er sich in Venedig mit den Staats- und Regierungschefs der Neuner-Gemeinschaft zum Gipfel traf, trug er den 433 Delegierten in der Essener Gruga-Halle mit sonst seltenem Pathos seine Angst vor einer großen Europa-Krise vor.

Wenn die Milliarden verschlingende Agrarpolitik nicht schleunigst geändert werde, so der Kanzler, müsse die EG Konkurs anmelden und ihre Türen schließen, obwohl der Beitrittsvertrag mit Griechenland bereits perfekt ist und mit Portugal wie Spanien verhandelt wird. Bewege sich nichts, dann könne die Gemeinschaft die Aufgaben nicht finanzieren, „die mit der Erweiterung der EG nach Süden, ins Mittelmeer, auf uns zukommen“.

Schmidt : „Wir können diese große politische Aufgabe, die wir zur Stärkung der Demokratie in Europa übernommen haben, nur dann zum Erfolg führen, wenn wir uns als Europäische Gemeinschaft selbst stark und sicher wissen. Auf diesen Zusammenhang hat der französische Staatspräsident vor ein paar Tagen noch einmal hingewiesen“. Der staatsmännische Sermon sollte die Delegierten ruhigstellen, die beim Thema EG ohnehin geladen waren. Denn die Ankündigung, den Bundesbürgern höhere Schnaps- und Benzinpreise abzuverlangen, um der Engländerin Margaret Thatcher den Verbleib in der EG schmackhaft zu machen, hatte ein Großteil der Genossen als Provokation empfunden. 1980 muß Bonn 4,3 Milliarden, ein Jahr später etwa fünf Milliarden Mark mehr in die Europa-Kasse zahlen, als an deutsche Bauern zurückfließt.

Schmidt wollte zudem verhindern, daß unter den Sozialdemokraten antifranzösische Stimmung hochkam. Grund zum Ärger hatte Giscard mit seiner überraschenden Forderung geliefert, den für 1983 geplanten Beitritt Spaniens und Portugals erst einmal zu stornieren. Der Franzose muß sich im April 1981 seinen Wählern stellen und will durch die Aufnahme weiterer Mitglieder in die Gemeinschaft die fetten EG-Subventionen für die auf Überschußproduktion gedrillten südfranzösischen Bauern nicht gefährden.

In Wahrheit ist auch Helmut Schmidt dem Präsidenten gram. Zwar versuchte der Generalsekretär des Elysée-Palastes Jacques Wahl Kanzleramtschef Manfred Schüler sofort nach Bekanntwerden der Giscard-Worte zu beschwichtigen, sein Chef habe nur auf die Risiken des spanischen und portugiesischen Beitritts aufmerksam machen wollen. Aber die Bonner wissen genau, daß Giscard meint, was er gesagt hat. Regierungssprecher Klaus Bölling : „Jeder spürt, die Sache bewegt sich auf einen Abgrund zu. Der Agrarmarkt ist ein Golem“.

Im Gespräch zu zweit vor dem Gipfeltreffen in Venedig warnte Schmidt den französischen Präsidenten am vorigen Donnerstag noch einmal eindringlich, nicht um jeden Preis am bisherigen System festzuhalten. Der fatale Subventions-Mechanismus zwingt die EG, jeden Agrarüberschuß ihrer Bauern zu finanzieren — und zwar zu Preisen, die um so höher ausfallen, je kräftiger die Inflationsraten in den EG-Ländern sind.

Dennoch unterließ es der Kanzler tunlichst, seinen Freund bereits in Venedig unter Druck zu setzen. „Ich muß alles tun“, so hatte Schmidt erst kürzlich im SPD-Präsidium um Verständnis für seine Nachsicht gegenüber französischen Alleingängen geworben, „damit Giscard seine schwierige Wahl gewinnt“ — gegen die der SPD nächststehenden französischen Sozialisten.

Die Zurückhaltung fiel Schmidt um so schwerer, als gerade Bonn gegenüber Madrid und Lissabon im Obligo ist. Staatssekretär Schüler : „Wir haben doch schließlich Spaniern und Portugiesen gesagt : ‚ Wenn ihr demokratische Verhältnisse geschaffen habt, seid ihr reif für Europa‘. Das haben sie in bewunderungswürdiger Weise gemacht. Das kann nicht rückgängig gemacht werden“.

Vorsorglich hatte Ministerpräsident Adolfo Suárez in der vergangenen Woche Bonn schon an seine Pflichten erinnert. Das spanische Volk habe feste Zusagen, es lasse sich nicht „zum Opfer des Agrarmarktes“ machen.

Der Bonner Einsatz ist nicht uneigennützig. Denn Schmidt sieht in Spanien einen „wichtigen Brückenkopf Europas“ auf dem Weg zu den Arabern — und damit zum Öl.

Der Kanzler weiß aber auch, daß er um jeden Preis den großen Krach mit Frankreich vermeiden muß, ohne das eine eigenständige europäische Friedens- und Entspannungspolitik utopisch ist. Geduldig wie gegenüber keinem anderen Partner steckte daher der Bonner Regierungschef immer neue Brückierungen des Franzosen weg.

Unvergessen jedoch ist in Bonn, daß Giscard im Februar seinem Außenminister Jean François-Poncet verbot, zu einem von Schmidt arrangierten Krisenfrühstück mit dem damaligen US-Außenminister Cyrus Vance nach Bonn zu fahren.

Allenfalls verdrängt haben die Bonner ihren Ärger über den Alleingang des Präsidenten in der Golfregion, als Giscard sich auf Kosten der Deutschen zum Hauptagenten arabischer Interessen in Europa aufspielte.

Und frisch ist noch die Erinnerung, wie Giscard seinen „cher Helmut“ beim Olympia-Boycott geleimt hat. Der Franzose hatte Schmidt versichert, sein Land werde kein Team nach Moskau schicken. Als das französische Nationale Olympische Komitee anders entschied, akzeptierte der Kanzler die Entschuldigung des Präsidenten, der Sportminister habe versagt.

Auch im Plenum des EG-Gipfels von Venedig blieb Helmut Schmidt bei seinem Langmut. Er vermied es, radikal gegen die Überschußproduktion europäischer Bauern zu agitieren. Er schonte die Agrarinteressen Frankreichs und griff lediglich die Forderung wieder auf, die schon im Bonner Kabinettsbeschuß über die Finanzierung des britischen EG-Beitrages gestanden hatte : Nicht nur das finanzielle Opfer der zahlenden EG-Länder, sondern auch der Profit der begünstigten Staaten — wie Dänemark oder Holland und im nächsten Jahr auch Frankreich — müsse auf einer bestimmten Höhe eingefroren werden.

Ein solches Limit, dozierte Schmidt im alten Benediktinerkloster auf der Insel San Georgio, würde heilsamen Druck erzeugen, sich ernsthaft um eine Reform des Agrarmarktes zu bemühen.

Frankreich aber ist das überkommene Subventionsverfahren lieb und wert, solange die Deutschen und Briten für Milchseen und Fleischberge zahlen.

Mit seiner Rücksicht auf Giscard setzt Schmidt sich selbst unter Druck : Nach den französischen Präsidentschaftswahlen im April bleibt nicht mehr viel Zeit für eine gütliche Regelung. Denn im Juni nächsten Jahres muß der EG-Haushalt für 1981 endlich verabschiedet werden. Wenn in diesem Zahlenwerk nicht bereits konkrete Reformschritte verwirklicht werden, sind die Brüsseler Eurokraten pleite.

Neben Zöllen und Agrarabschöpfungen hat die Europäische Gemeinschaft nämlich eine weitere Einnahmequelle : ein Prozent der Mehrwertsteuer ihrer Mitgliedsländer. Die der EG eingeräumte Marge aber wird nach Rechnung von Finanzminister Hans Matthöfer bereits im Haushalt 1980 fast völlig ausgeschöpft. Da die Kosten für die Landwirtschaft weiter steigen werden — in den Jahren von 1975 bis 1979 lag die Zuwachsrate bei durchschnittlich gut 20 Prozent —, ist schon jetzt sicher, daß der Obolus aus der Mehrwertsteuer 1981 nicht mehr reicht.

Der Anspruch der Bauern, ihre Produkte unabhängig vom Markt zum EG-Preis loszuwerden, richtet sich nicht nur gegen die Gemeinschaft, sondern auch gegen die einzelnen Mitgliedstaaten. In der Bundesrepublik muß die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung die teuren Überflußprodukte in jedem Fall ankaufen.

Um aus dem Dilemma herauszukommen, gibt es nach Schmidts Ansicht nur einen Weg: Die Überschußproduktion muß abgebaut, das besonders für Frankreichs Nährstand ergiebige System der Garantiepreise abgeschafft werden — und wenn es Jahre dauert. Doch wie das im einzelnen aussehen soll, weiß keiner.

Den Landwirten, die unter diesen verschärften Wettbewerbsbedingungen in Not gerieten, könnte etwa durch direkte, nationale Einkommenszuschüsse wieder auf die Beine geholfen werden. Umweltschützer Erhard Eppler bewertete solche Hilfen vor dem SPD-Vorstand als Lohn für die „landschaftspflegerische Leistung des Bauern“. Und Manfred Lahnstein, Staatssekretär im Finanzministerium, kann sich in ferner Zukunft vom Staat besoldete Bauern vorstellen. „Die Förster“, so Lahnstein ironisch, „sind ja auch Beamte“.

Kanzler-Helfer haben sich noch etwas anderes einfallen lassen, um die Agrarsubventionen zu kappen. Nach dem Vorbild der Förderung deutscher Kohle als nationale Energiereserve möchten sie öffentliche Gelder nur noch an solche Agrarbetriebe vergeben, die ihre Kühe oder Schweine mit einheimischem Futter fett machen. Schließlich, so ihr „strategischer Ansatz“ (ein Kanzler-Berater), seien nur solche Bauern bei internationalen Spannungen imstande, Nahrungsmittel für Europa zu produzieren.

Als erstes wollen sich die Bonner Regenten, die bislang alles, was mit Europa zusammenhängt, allzugern an die Technokraten in Bonn und Brüssel abgewimmelt haben, künftig wieder selbst um die EG kümmern.

Bundesverteidigungsminister Hans Apel, gelernter Ökonom und vor langen Jahren selbst als Euro-Funktionär tätig, setzte im Kabinett eine Entmachtung der Europa-Staatssekretäre in den Bonner Ministerien durch. Seit der Kritik an der Verhandlungsführung von AA-Staatsminister Klaus von Dohnanyi beim Poker um die EG-Milliarden für England dürfen die Spitzenbeamten in Brüssel nur noch mit ausdrücklicher Vollmacht des Kabinetts Zusagen abgeben.

Zugleich verpflichtete sich Apel, für die SPD Reformvorschläge auszuarbeiten, die nach den Wahlen als Grundlage für Koalitionsverhandlungen mit der FDP dienen sollen.

Ob's noch nützt, ob Europa eine Neuordnung des Agrarmarktes überhaupt übersteht, scheint indes auch den Bonner Planern zweifelhaft.

Schmidts vertrauter Schüler hofft sogar auf den großen Knall. Vielleicht, so überlegt er, müsse das System erst einmal explodieren. Denn: „Europa ist durch Krisen noch immer stärker geworden“.